

UMSCHAU

Religionskrieg im Libanon?

Im Libanon kämpfen – von Ausnahmen abgesehen – Moslems gegen Christen. Aber um einen Religionskrieg in dem Sinn, daß der eine Teil den anderen zu seiner Religion „bekehren“ wollte, handelt es sich nicht.

Auf christlicher wie auf islamischer Seite haben führende Männer so häufig und so eindringlich von der Brüderlichkeit zwischen Christen und Moslems gesprochen, daß man dies nicht als bloßes Gerede abtun kann. In einer Grußadresse des maronitischen Patriarchen vom 5. Oktober 1975 bei einem islamischen Fest an Moslems heißt es zum Beispiel: „Wir bitten Gott, uns die Gabe . . . einer würdigen Koexistenz und einer ehrlichen Zusammenarbeit, besonders in unserem Vaterland, dem Libanon, zu schenken.“ In seiner Antwort erklärte der Mufti Scheich Hassan Khaled: „Wir, Christen und Moslems, haben hohe geistige Werte gemeinsam, die uns befähigen, zusammen nicht bloß den Libanon, sondern die gesamte Menschheitsfamilie aufzubauen.“ Derselbe Mufti sagte am 31. Mai 1975 im Deutschen Fernsehen: „Es ist falsch zu behaupten, die augenblickliche Krise stelle die Koexistenz der Christen und Moslems im Libanon in Frage. Wir sind Brüder und arbeiten auf allen Gebieten zusammen. Was wir verlangen, ist die konkrete Verwirklichung der politischen Gleichheit für alle Bürger ohne Unterschied der Personen, der Parteien oder der religiösen Konfessionen.“ Eine Abordnung der Moslems erklärte nach einem Empfang beim Patriarchen am 25. Mai 1975: „Patriarch Khoreiche hat das größte Verständnis dafür bewiesen, wie notwendig es ist, in den großen nationalen Problemen Einmütigkeit zu erreichen.“

Im September 1975 fand zum erstenmal ein Gipfeltreffen der religiösen Oberhäupter der Christen und der Moslems statt. In einer gemeinsamen Erklärung beklagten sie die Ge-

walttaten, die die Einheit, Unabhängigkeit und Sicherheit des Libanon wie der arabischen Staaten überhaupt und auch die Sache der Palästinenser bedrohen. Sie stellten mit Bedauern fest, daß der Konflikt trotz allem mehr und mehr einen konfessionellen Charakter annimmt. Christentum und Islam verurteilten in gleicher Weise die Anwendung von Gewalt. Sie seien überzeugt, „daß die im Libanon verwirklichte Koexistenz beider Religionen, die in der ganzen Welt einzig da steht, für den Libanon mehr als alles andere charakteristisch ist und geradezu seiner Existenz ihren Sinn gibt . . . Sie ist das kostbarste Geschenk, das Gott denen, die an ihn glauben, in die Hände gegeben hat.“

Eine gute Analyse der komplexen Ursachen der schweren Krise des Libanon gab die katholische Hierarchie in einer Erklärung vom 22. Juli 1975: Von außen her sei die Krise hervorgerufen worden durch das Drama der Palästinenser mit den Ungerechtigkeiten und dem Elend, die es zur Folge hatte. Ein zum Exil verurteiltes Volk, das sich von allen Seiten verlassen und in die Enge getrieben fühlt, suche das Heil in einer ständigen gewaltvollen Revolution. Innere Ursachen der Krise sehen die Bischöfe im Mangel an Verantwortungsbewußtsein und in der Korruption des öffentlichen Lebens, in der sozialen Spannung zwischen einer abenteuerlichen revolutionären Linken und einer hartnäckigen reaktionären Rechten und in dem Egoismus aller, der einzelnen, der religiösen Gemeinschaften und der Parteien. Dazu komme das Versagen der libanesischen Staatsautorität und der Armee, die es nicht verstanden hätten, die Grenzen des Libanon vor dem Eindringen fremder Elemente zu schützen. Die Waffen seien zum gefährlichen Spielzeug in der Hand aller geworden. „Konnte man davon etwas anderes erwarten als diese Explosion der Instinkte,

die die Stimme der Toleranz zum Schweigen brachte und jedes Gefühl der Brüderlichkeit erstickte? Dann kam es zu dieser furchtbaren Kette von Schandtaten, Unterdrückungen, überraschenden Angriffen und Überfällen. Das Resultat: überall Tod und Zerstörung. Die Zerstörung machte nicht einmal vor unseren Heiligtümern halt, die doch in unserer ganzen Geschichte von allen respektiert worden waren.“

Die mit Rom unierten Maroniten sind die zahlenmäßig stärkste christliche Gruppe im Libanon. Sie dürften über 400 000 Gläubige zählen, bei einer Gesamteinwohnerzahl von 2,5 Millionen (ohne die palästinensischen Flüchtlinge) eine bedeutende Minderheit. Der Name „Maroniten“ leitet sich her von einem Kloster, das zu Beginn des 5. Jahrhunderts am Grab des Eremiten Maron am Orontes in Syrien entstand und um das sich eine Gruppe von Christen syrischen Stammes bildete, die von den Mönchen des Klosters betreut wurden.

Im Lauf der Jahrhunderte zogen sich die von ihren Gegnern bedrohten Maroniten aus der syrischen Ebene in die schwer zugänglichen Berge des Libanon zurück, wo sie zu einem starken Volk heranwuchsen. Volkstum und Religion waren bei ihnen aufs engste verbunden. In ihrer Bergfeste konnten sie sich unter ihrem Patriarchen als religiös-bürgerlichem Oberhaupt als autonome Gruppe behaupten, welche politischen Mächte auch immer in der Ebene herrschten. Sie waren so die einzige christliche Kommunität im Machtbereich des Islams, die nie den dort typischen Status einer tolerierten, „beschützten“ Minderheit von Bürgern zweiter Klasse akzeptiert hat. Das ist für sie charakteristisch, und diese ihre Identität wollen die Maroniten auch heute wahren.

Der Libanon in seiner heutigen Form wurde 1920 als französisches Mandatsgebiet geschaffen. Er umfaßt nicht bloß die vorwiegend christlichen Gebirgsgegenden, sondern auch weite moslemische Gebiete im Süden und Osten und in den Küstenstädten. Als der Libanon 1943 seine Unabhängigkeit erhielt, war das Verhältnis zwischen Christen und Mos-

lems sechs zu vier. Damals schloß man zur Aufrechterhaltung des inneren Friedens den „Nationalen Pakt“, ein ungeschriebenes Gesetz, nach dem der Staatspräsident stets ein Maronit und der Ministerpräsident ein sunnitischer Moslem sein muß. Im Parlament sind die Sitze zwischen Christen und Moslems im Verhältnis sechs zu fünf verteilt. Jede religiöse Gruppe ist entsprechend ihrer Zahl vertreten. Der Präsident der Kammer ist stets ein schiitischer Moslem. Die wichtigsten Ämter in der staatlichen Verwaltung waren lange Zeit zum größten Teil in den Händen der Christen. Das hat sich seit etwa 1958 gewandelt. In der Armee sind jedoch bis heute die leitenden Posten fast alle von Christen besetzt.

Durch die Einwanderung von zumeist moslemischen Flüchtlingen aus Palästina hat sich der Proporz zwischen Christen und Moslems radikal verändert. Er ist jetzt – nach Angaben von sachkundiger Seite – vier zu sechs zuungunsten der Christen. Obwohl die Palästinenser keine Staatsbürger des Libanon sind, kann man das tatsächliche Zahlenverhältnis nicht einfach beiseite lassen. Dann ist aber die Regelung des Nationalen Pakts von 1943 als problematisch anzusehen.

Trotz des Gegensatzes zwischen Christen und Palästinensern, der auch in dem blutigen Konflikt zwischen christlichen Milizen und der palästinensischen Befreiungsorganisation zum Ausdruck kommt, treten die libanesischen Christen für die Rechte der Palästinenser ein. Die katholische Hierarchie sprach in ihrer Erklärung vom 22. Juli 1975 ausdrücklich vom Recht der Palästinenser auf ihre Heimat; der Libanon habe diese Rechte immer entschieden verteidigt. 1974 richteten die katholischen Bischöfe an alle Amtsbrüder in der Welt eine Botschaft in diesem Sinn.

Im Libanon, der entscheidend vom Christentum mitgeprägt ist, wurde der Welt ein Modellfall vorgeführt, wie Moslems und Christen in einem Staat als gleichberechtigte Bürger zusammenleben können. Eine Teilung des Landes, wie sie teilweise als Konfliktlösung gefordert wird, würde den Libanon zerstören und den bisher in Freiheit und

Gleichberechtigung geführten islamisch-christlichen Dialog unmöglich machen. Daher haben auch die islamischen und christlichen Oberhäupter bei ihrem Gipfeltreffen im September 1975 die Idee einer Teilung entschieden abgelehnt. Die Christen mußten sich in ein Getto zurückziehen, in dem sie physisch und geistig verkümmerten. Man kann heute nicht einen Libanon rekonstruieren, wie er vor 100 Jahren war, als die Christen geschlossen in den Bergen wohnten. Beirut ist inzwischen eine konfessionell völlig gemischte Stadt.

Man hat als Lösung auch eine Entkonfessionalisierung und Laisierung des Staats vorgeschlagen. Die Idee ist nicht neu. Schon vor rund 40 Jahren schrieb die damals in Beirut von Jesuiten herausgegebene arabische Tageszeitung *Al-Bachir* in Riesenlettern auf der ersten Seite: „Es gibt nur eine Rettung für Syrien: die Errichtung einer laikalen Regierung in Damaskus.“ Für viele Moslems ist dieser europäische Gedanke unvollziehbar. Allerdings hat sich der Führer der „Libanesischen Linken“, Kamal Jumblat, in einem Memorandum vom 16. April 1975 für eine totale Laisierung des politischen Systems im Libanon ausgesprochen. Auch der Mufti der Sunniten befürwortete in einer Rede vom 5. Oktober 1975 die Abschaffung des politischen Konfessionalismus. Man fragt sich nur, ob dies im Mund eines Moslems nicht einfach die Vorherrschaft des Islams bedeutet.

Der maronitische Patriarch sagte in einem Interview mit der französischen Zeitung „*Le Figaro*“, für einen Verzicht auf den Konfessionalismus fehlten noch die Voraussetzungen. Man müsse jedoch darauf hinarbeiten. Er wies darauf hin, daß für die Moslems eine Trennung zwischen dem religiösen und dem weltlichen Bereich, zwischen Staat und Religion, nicht möglich ist. Die katholische Hierarchie setzte sich in einer gemeinsamen Erklärung vom 22. Juli 1975 für die vorläufige Aufrechterhaltung des nationalen Pakts von 1943 ein. Das Prinzip, die öffentlichen Ämter nach dem Proporz der verschiedenen Konfessionen aufzuteilen, habe zwar seine Mängel, sei aber doch der Ausdruck eines gegenseitigen Vertrauens. Wenn man den nationalen Pakt ab-

schaffen wolle – was die Hierarchie also nicht ausschließt –, müsse man ihn durch eine andere, mindestens gleich gute Regelung ersetzen.

Die höchsten religiösen Autoritäten der Christen und der Moslems haben sich vergebens um einen Waffenstillstand bemüht. Am 31. März 1976 richteten der maronitische Patriarch Khoreiche und der Mufti Hassan Khaled einen Aufruf an die kämpfenden Parteien. Er verhallte ungehört.

Für eine diplomatische Aktion, die hätte Erfolg bringen können, scheint manchen auch der Vatikan geeignet. So hieß es im „*Rheinischen Merkur*“ vom 2. April 1976: „Die in den letzten Jahren so geschwätzig wie geschäftig gewordene vatikanische Diplomatie ist den Christen der Welt jedenfalls eine Erklärung schuldig, weshalb sie im Fall des Bürgerkriegs im Libanon so ungewohnte Abstinenz übt.“ Dabei hat der Papst, neben einigen weniger bekanntgewordenen Interventionen, dem damaligen libanesischen Präsidenten Frangié am 5. November 1975 eine Botschaft gesandt, in der er sich für eine Versöhnung zwischen den Streitenden einsetzte und seiner Genugtuung darüber Ausdruck gab, daß sich die Christen zusammen mit ihren moslemischen Mitbürgern um den wirtschaftlichen, moralischen, sozialen und politischen Fortschritt des Landes bemühen.

Anfang November sandte der Papst Kardinal Paolo Bertoli (früher Nuntius im Libanon) nach Beirut. Der Kardinal konnte mit allen leitenden Persönlichkeiten Gespräche führen, auch mit Yasser Arafat und Kamal Jumblat. Vor seiner Rückreise nach Rom (am 16. 11. 1975) erklärte er, er habe bei allen Gesprächspartnern den Willen gefunden, die Einheit und Identität des Libanon zu wahren. Die Lösung der Krise liege wesentlich in den Händen der Libanesen.

Beim Besuch des ägyptischen Staatspräsidenten Sadat Anfang April 1976 legte Paul VI. in seiner Grußadresse ein Wort für den Libanon ein: „Wir möchten diese Gelegenheit nicht versäumen, um von neuem unsere Angst und unsere Sorge um das Geschick des Libanon auszudrücken. Auch dieser Konflikt nimmt einen tragischen Platz ein im Rahmen

des Friedensproblems im Nahen Osten. Außer der beklagenswerten Vernichtung von Menschenleben verursacht dieser Krieg einen Schaden von nicht abzuschätzendem Ausmaß für die brüderliche Koexistenz und kann sehr traurige Wirkungen haben auf die islamisch-christlichen Beziehungen in dieser ganzen Region.“

Die päpstliche Kommission, die unter der Leitung des Sekretärs der Orientalischen Kongregation, Mons. Mario Brini, Ende April 1976 in den Libanon reiste, konnte ebenfalls nicht viel ausrichten. Der Kampf im Libanon wird mit einer solchen Verbissenheit geführt, daß jede Aktion für den Frieden auf außerordentliche Schwierigkeiten stößt. Immerhin konnte die Kommission den Papst über die Geschehnisse und die bittere Not von Hunderttausenden genau informieren. Paul VI. empfing am 3. Mai die Mitglieder der Kommission und sprach bei dieser Gelegenheit von 300 000 Flüchtlingen, die ihre zerstörten Häuser verlassen mußten, von den Plünderungen und den Massakern, von der Hungersnot und der tragischen Situation in den Krankenhäusern, wo es an allem mangelt. Er rief

eindringlich zur Hilfe für die schwer Notleidenden auf.

In seiner Osterbotschaft vom 17. April 1976 würdigte der maronitische Patriarch eingehend die Bemühungen Pauls VI. für den Libanon: „Was Seine Heiligkeit Paul VI. angeht, wissen wir, daß er seit dem Ausbruch dieser Krise jede Gelegenheit benutzt . . ., um dazu einzuladen, das Heilmittel zu finden, mit Klugheit und Weisheit in einem Geist der Eintracht und der Liebe, die einen ruhigen und konstruktiven Dialog beseelen müßte.“

Ein solcher „ruhiger und konstruktiver Dialog“ müßte den Tatsachen Rechnung tragen, die mit der Anwesenheit von über einer halben Million palästinensischer Flüchtlinge auf libanesischem Boden nun einmal gegeben sind. Das politische Gleichgewicht ist dadurch ins Wanken geraten. Erst eine endgültige Lösung der Palästina-Frage könnte dieses Gleichgewicht wiederherstellen und die Voraussetzung für eine dauernde Befriedung des Libanon schaffen. Alle Zwischenlösungen im Libanon können nur vorläufig sein und sind immer prekär.

Wilhelm de Vries SJ

Dokumentation des deutschen Staatskirchenrechts

Zur Quellensammlung „Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert“¹

Zum Verhältnis von Staat und Kirche ist in der Bundesrepublik Deutschland seit 1949 eine unübersehbare Fülle von Zeitschriftenartikeln und – vor allem während der letzten Jahre – eine große Anzahl von Buchveröffentlichungen erschienen. Dennoch fehlte bislang eine großangelegte, zusammenfassende und wissenschaftlich-repräsentative Dokumentation des wichtigsten Gesamtquellenbestands des deutschen Staatskirchenrechts. Es existieren zwar, insbesondere aus der Kulturkampfära, einige Teilsammlungen staatskirchenrechtlicher Aktenstücke; doch sind diese von begrenzter thematischer Zielsetzung und Reichweite, wie z. B. die von dem evangelischen Kirchenrechtslehrer *Emil Friedberg*, dem Berater des preußischen Kultusministers *Adalbert Falk* während der Kulturkampfzeit, her-

ausgegebenen einseitigen Dokumentarwerke „Sammlung der Aktenstücke zum ersten vaticanischen Concil mit einem Grundrisse der Geschichte desselben“ (Tübingen 1872) und „Aktenstücke, die altkatholische Bewegung betreffend, mit einem Grundriß der Geschichte derselben“ (Tübingen 1876), denen der Ethiker *Viktor Cathrein SJ* unter dem Pseudonym *Nikolaus Siegfried* eine die Interessen der katholischen Kirche stärker akzentuierende, 198 Dokumente umfassende Sammlung der „Aktenstücke betreffend den preußischen Kulturkampf nebst einer geschichtlichen Einleitung“ (Freiburg 1892) folgen ließ.

Die seit langer Zeit fühlbare Lücke schließt nunmehr das gegenwärtig im Erscheinen begriffene monumentale Quellenwerk „Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert“, das